

Der 17. Juni 1953 – „Tag der Deutschen Einheit“ (I)

Manfred Wilke

50 Jahre nach dem Ereignis wird mit einer Vielzahl von Publikationen und Veranstaltungen an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR erinnert. Wer in der alten Bundesrepublik vor dem Fall der Mauer 1989 noch miterlebt hat, wie der „Tag der Deutschen Einheit“ immer mehr zur störenden Erinnerung in der Normalität der Zweistaatlichkeit wurde, der kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als solle nun durch ein großes Event für die Nachgeborenen wieder gutgemacht werden, was im Westen versäumt wurde und in der DDR verboten war: die Erinnerung an eine durch sowjetische Besatzungstruppen unterdrückte demokratische Erhebung gegen die kommunistische Diktatur und die Spaltung Deutschlands. Allein durch seine Ziele, freie Wahlen und die deutsche Einheit, und sein tragisches Ende gehört der Tag zu den Zäsuren der deutschen Teilungsgeschichte und ist darüber hinaus unverzichtbar für eine demokratische Erinnerungskultur des zweiten deutschen Nationalstaates. Der Tag selbst im Juni 1953 kam ebenso unerwartet wie 36 Jahre später der Fall der Berliner Mauer, der freie Wahlen in der DDR und die Überwindung der deutschen und europäischen Teilung ermöglichte.

1953 allerdings war das Ende des Volksaufstandes ein doppelter Lernschock für das gespaltene Land. Unerbittlich demonstrierte die sowjetische Besatzungsmacht die Grenzen deutscher Selbstbestimmung, die westlichen Mächte respektierten die Siegerrechte der Sowjetunion in ihrem Teil Deutschlands, und der Aus-

gang dieses Tages befestigte die Zweistaatlichkeit und die wechselseitige Blockintegration von Bundesrepublik und DDR. Beide Staatsführungen verbanden nach dem Ereignis ihre deutschlandpolitischen Ordnungsvorstellungen jenseits der Realpolitik mit ihrer Deutung der Volkserhebung am 17. Juni.

„Faschistischer Putsch“

Die SED erklärte sie zum „faschistischen Putsch“, angezettelt von „amerikanischen Agenturen, die auf Anweisung von Washington die Pläne für Krieg und Bürgerkrieg ausarbeiteten“. Sie waren die Hauptschuldigen, neben ihnen trugen aber auch „Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die volle Verantwortung für das Blut, das bei der Niederschlagung des faschistischen Abenteuers geflossen ist“. Nachdem der Schuldspruch über die eigentlich Verantwortlichen, für die Toten, die Hingerichteten und die Verhafteten gefällt war, dankte die SED für die sowjetische Hilfe, denn durch den Ausnahmezustand der sowjetischen Streitkräfte „wurde das beabsichtigte Massenblutbad verhindert“. Die Konsequenz, die die SED aus dieser Ursachenverschiebung der Volkserhebung zog, war eine doppelte, erstens die DDR als Staat zu stärken, und zweitens betonte sie: „Der neue Kurs verfolgt gleichzeitig das Ziel, die Kräfte des Friedens zu stärken und die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern.“ In den Jahrzehnten der Zweistaatlichkeit, die nach 1953 folgte, betonte die SED immer stärker die Eigenständigkeit

der DDR, das Wort „Wiedervereinigung“ wurde zunehmend ein Attribut für „Kalte Kriege“ im Westen.

Beschränkte Selbstbestimmung

Ernst Reuter, Regierender Bürgermeister von Berlin, bewertete am 18. Juni den sowjetischen Ausnahmezustand und beharrte trotzig, „mit Standrechten, mit Bajonetten, mit Panzern kann auf die Dauer ein Volk doch nicht niedergehalten werden“. Aber er wusste bereits, dass nach dieser sowjetischen Machtdemonstration „der Graben, der sowieso schon tief genug ist, nun noch tiefer würde“. Die ganze freie Welt habe sich nun überzeugen können, „dass nicht nur die Berliner, sondern alle Deutschen in der Ostzone frei leben wollen, dass sie uns zu Hilfe kommen, denn wir allein können ja das Problem nicht lösen, wenn wir allein wären, dann würde das Problem überhaupt nicht existieren“. Darin lag der doppelte Lernschock des 17. Juni für die Deutschen beiderseits der Zonengrenze, ihr Selbstbestimmungsrecht war durch die Vorbehaltsrechte der vier Siegermächte für Deutschland als Ganzes beschränkt. Reuter sprach es aus. Und so blieb ihm nur der pathetische Appell, „die Welt möge endlich begreifen, und ich hoffe, sie wird jetzt zugeben müssen, dass die Deutschen ein Volk sind, das den Wert der Freiheit kennt, und dass die Deutschen ein Volk sind, das für die Freiheit sich einsetzt“. Der Bundestag setzte am 3. Juli 1953 ein symbolisches Zeichen, indem er einmütig gegen die Stimmen der Kommunisten den 17. Juni als „Tag der Deutschen Einheit“ zum Gedenktag erhob. Der Weststaat bekräftigte, dass er sich nicht mit der dauerhaften Spaltung des Landes abfinden wird, und Bundestagspräsident Hermann Ehlers brachte dies nach Verabschiedung des Gesetzes auch zum Ausdruck: „Ich glaube, dass es in diesem Augenblick nötig ist, zwei Dinge zu sagen: Erstens, dass dieses Gesetz vom Deut-

schen Bundestag unter dem starken Eindruck der Tatsache verabschiedet worden ist, dass Menschen, deutsche Brüder im Osten und in Berlin, für die Verteidigung und die Er kämpfung der deutschen Einheit ihr Leben hingegeben haben. Wir haben in diesem Augenblick die Pflicht, dieser Toten des deutschen Volkes zu gedenken [...] Zweitens, ich bin gewiss, dass die Tatsache, dass der Deutsche Bundestag am letzten Tag seiner normalen Sitzungsperiode dieses Gesetz verabschiedet hat, eine eindrucksvolle Bekundung des Willens aller demokratischen Kräfte dieses Hauses ist, daran mitzuwirken – heute und in Zukunft –, dass der Tag der Deutschen Einheit nicht nur in einem Gesetz und in einem Gedenktag, sondern im Leben des deutschen Volkes bald Gestalt gewinnt.“

1989 und 1953

In der DDR blieb das Propagandagemälde vom „faschistischen Putsch“ bis zum Ende der SED-Herrschaft in Gebrauch. Im Unterschied zu Ungarn, wo 1989 die Erinnerung an die niedergeschlagene Revolution von 1956 eine Triebkraft der Veränderung war, und der Tschechoslowakei, wo der Prager Frühling und sein gewaltsames Ende 1968 in der „samtenen Revolution“ 1989 präsent waren, spielte die Erinnerung an den 17. Juni in der friedlichen Herbstrevolution keine solche Rolle. Für die Bürgerrechtsbewegung war das Datum bedeutungslos, obwohl einer ihrer geistigen Anstifter, Robert Havemann, 1978 den Stellenwert dieses Tages für die Geschichte der DDR und ihre Machthaber präzise bestimmte: „Bis heute ist der 17. Juni das Trauma des Politbüros der SED. Ihre entsetzliche Furcht, dass so etwas für sie völlig Unvorhergesehenes doch wieder einmal geschehen könnte, besteht nach wie vor. Deswegen sitzen sie in Wandlitz hinter Mauern, Stacheldraht und Wachtürmen...“ Das Trauma des Volkes war die gewaltsame Beendigung

der Volkserhebung durch sowjetische Truppen. Die Forderung „Keine Gewalt“, die, von Leipzig ausgehend, zur zentralen Losung der friedlichen Herbstrevolution 1989 wurde, erscheint wie ein ferner Wiederhall des „Lernschocks“ von 1953. Aber die Erhebung selbst war für die Bürgerrechtsbewegung des Herbstes 1989 ein fernes Datum und besaß für sie keine unabgegoldene nationale Brisanz. Dies war auch dem Stellenwert geschuldet, den die Tage im Juni 1953 im historischen Bewusstsein der Bundesrepublik 1989 einnahmen: „Wie ein erraticer Block steht dieser Aufstand in der Tiefebene der deutschen Geschichte. Seine Einmaligkeit, die Größe und Härte, die explosionsartige Entfaltung und die schlagartige Unterdrückung behindern die Integration in das Kontinuum des historischen Bewusstseins“, schreibt Gerhard Beier in *Wir wollen freie Menschen sein*. In seinem Buch von 1993 beschäftigt er sich ausführlich mit der Darstellung des 17. Juni durch Historiker in der Bundesrepublik. Der Gewerkschaftshistoriker geht besonders hart ins Gericht mit einer *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland von den Anfängen bis heute*, die 1990 erschien und sich „streng an die Staatsgrenze zur DDR“ hielt. Der 17. Juni 1953 kommt in ihr nicht vor. „Dabei handelte es sich um den einzigen großen politischen Streik, der in der zweiten Jahrhunderthälfte auf deutschem Boden stattfand. Und der DGB des Jahres 1953 betrachtete die Ereignisse keineswegs als exterritorial.“ Solche Verdrängungskünste im Westen „machten es der FDGB-offiziellen Geschichtsschreibung in Ostberlin leicht, alten Fälschungen neue Propagandalügen hinzuzufügen“. Der Versuch im Westen, 1953 mit dem Tag der deutschen Einheit einen nationalen Gedenktag zu konstituieren, scheiterte. An ihm unternahm die Bundesbürger einen Sommerausflug, und unaufhaltsam wuchs das Desinteresse an dem Anlass, dem dieser Feiertag seine Ent-

stehung verdankte. Die politische Klasse und die öffentliche Meinung hatten sich mehrheitlich im Status quo deutscher Zweistaatlichkeit eingerichtet und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen durch die sowjetische Siegermacht als unabänderliche Sühne für Hitlers Krieg und den damit verbundenen Völkermord an den europäischen Juden akzeptiert – soweit ihnen die Geschichte des eigenen Volkes überhaupt noch etwas bedeutete. Der aus der DDR kommende Historiker Armin Mitter vertrat 1996 die These, dass die „Charakterisierung“ des 17. Juni „als Arbeiteraufstand“ seitens der Historiker in der Bundesrepublik „maßgeblich durch die Entspannungspolitik seit Beginn der 70er Jahre beeinflusst“ wurde. „Als sich die Archive dann nach 1990 öffneten, war die Kennzeichnung der Ereignisse als ‚Arbeiteraufstand‘ festgeschrieben.“ Auf unterschiedliche Weise war somit die Erinnerung an den die Normalität der Zweistaatlichkeit bedrohenden „erratischen Block“ begrifflich ummantelt. Die tatsächliche Spaltung reduzierte die Erinnerung an diesen Tag auf ein singuläres Ereignis aus der Frühgeschichte der DDR. In der DDR, wo die Volkserhebung geschah, wurde sie geleugnet und verfälscht, im Westen, wo sie nicht stattgefunden hatte, immer weniger als Bestandteil der eigenen Geschichte verstanden. Um noch einmal Havemann aufzunehmen, 1989 trat das „völlig Unvorhergesehene“ ein: Die Zielsetzungen der Streikenden und Demonstranten der Junitage 1953 bekamen im Nachhinein einen anderen Stellenwert in der Geschichte des zweiten deutschen Nationalstaates, der 1990 entstand.

Revision einer Fehlentscheidung

Eine zentrale Ursache für die Juni-Erhebung in der DDR ist außerhalb ihrer Grenzen in Moskau zu suchen. Am 5. März 1953 stirbt der sowjetische Despot Josef W. Stalin, seine Erben konstituieren

sich als „Kollektive Führung“, die Träger der Macht, Partei, Staatsapparat, Geheimdienst und Armee sind in verdeckte Konflikte verstrickt, in denen es sowohl um die Nachfolge in der Führung des Landes als auch um das Gewicht der jeweiligen Machtsäulen geht. Die Entscheidung zugunsten der Partei und für Nikita S. Chruschtschow fällt erst nach dem 17. Juni durch die Verhaftung von Lawrentij P. Berija und die damit verbundene Wiederherstellung der Kontrolle der Partei über den Geheimdienst. Die neue Führung suchte Entspannung gegenüber dem Westen, der Koreakrieg wurde beendet und dem Volk mehr Konsumgüter versprochen. Im April begann Berija die offene Entstalinisierung. Die Überlebenden der im Januar verhafteten Kreml-Ärzte wurden für unschuldig erklärt, ihre falschen Geständnisse seien durch Folter erzwungen worden. In dieser Konstellation wandte sich die sowjetische Führung der Krise in der DDR zu, die sie selbst mit herbeigeführt hatte, als sie der SED im Juli 1952 erlaubte, in der DDR die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen.

Diesem Schritt vorausgegangen war der Abschluss des Deutschlandvertrages Ende Mai 1952 zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten. Bundeskanzler Adenauer setzte damit die Westintegration der Bundesrepublik und die Rückgewinnung deutscher Souveränität durch. Der Versuch der sowjetischen Führung scheiterte, in letzter Minute einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen, um die Etablierung dieses Weststaates zu verhindern. Die Westmächte lehnten das Angebot ab, Deutschland zu vereinigen, um es zwischen den Blöcken zu neutralisieren.

Im April empfing Stalin den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, im Kreml. Er notierte Stalins Bewertung der westlichen Antwortnote mit den Worten, „bisher alle Vorschläge abgelehnt [...] Keine Kompromisse/Atlantikpakt – selbständiger

Staat im Westen“. Der damaligen Linie der SED, nun verstärkt zum „Sturz“ der Bonner Regierung aufzurufen, stimmte Stalin zu. „Einheit – Friedensvertrag – weiter agitieren“, notierte Pieck. In dieser Besprechung ordnete der Generalissimus eine schnelle Aufrüstung der DDR an, er verlangte eine Armee von 300 000 Mann. Notwendig seien auch die Befestigung der „Demarkationslinie“ und der Kampf gegen die „Feinde“ im Inneren der DDR. Pieck notierte sich dabei vor allem die Großbauern, die Stalin durch „Produktivgenossenschaften“ einzukreisen empfahl, und die Kirche. Der Aufbau landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und der Kampf gegen die Autonomie der Kirchen gehörten zum Aufbauplan des DDR-Sozialismus ebenso wie die Abschaffung der Länder, die Bildung von zentral geführten Bezirken und die Beseitigung der mittelständischen Industrie.

Wichtig für das Verständnis der sowjetischen Militäraktion am 17. Juni 1953 ist die Beachtung der Ambivalenz, die die Entscheidungen Stalins 1952 prägten: durch forcierten Aufbau des Sozialismus in der DDR die eigene Besatzungszone noch stärker als schon geschehen von der westdeutschen Entwicklung zu separieren, ohne zugleich die „Agitation“ seitens der SED für einen Friedensvertrag auf Basis der sowjetischen Vorschläge einzustellen. Auf der II. Parteikonferenz vermittelte Walter Ulbricht seiner Partei und dem Land den Eindruck, durch diesen Schritt könne die DDR das Kräfteverhältnis in Deutschland zugunsten der Kommunisten verschieben. Die Entwicklung der DDR zur Volksdemokratie werde eine mobilisierende Wirkung auf die Arbeiterklasse in Westdeutschland haben. Die Revision des Deutschlandvertrages und damit die „Eingliederung Westdeutschlands in den aggressiven Nordatlantikblock“ und die Wiederherstellung der deutschen Einheit habe eine Voraus-

setzung: den „Sturz des Bonner Vasallen-Regimes“. Dieser Forderung fügte der SED-Generalsekretär im Juli 1952 aber die nüchterne Feststellung hinzu, die er zur Begründung seines Separatstaates auch gegenüber der sowjetischen Führung benötigte: „Die patriotische Bewegung und die Arbeiterklasse Westdeutschlands haben noch nicht die Kraft, die Unterzeichnung des Bonner Separatpakt zu verhindern.“ Ulbricht setzte aber nicht allein auf die mobilisierende Wirkung der sozialistischen Zukunftsvision, er versicherte der SED auch, dass man den Systemwettbewerb mit dem westdeutschen Kapitalismus zugunsten des Massenwohlstandes für die arbeitende Bevölkerung für sich entscheiden werde: „Durch den sozialistischen Aufbau wird der deutschen Arbeiterschaft und dem ganzen werktätigen Volk die Entscheidung über die Gestaltung der künftigen gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland erleichtert, denn jeder kann sich aufgrund seiner eigenen Erfahrungen und Feststellungen selbst überzeugen, welcher Weg den Interessen des arbeitenden Volkes dient und welcher Weg den Interessen der Rüstungsindustriellen, der Kapitalisten und Großgrundbesitzer dient.“ Ein Jahr später sollte das „arbeitende Volk“ diesen Vergleich ziehen – aber in der DDR.

Ein neuer Kurs für die DDR

Ein knappes Jahr später wurde in Moskau eine Zwischenbilanz dieses sozialistischen Aufbaus in der DDR gezogen und der SED ein „Neuer Kurs“ verordnet. Die sowjetische Führung kam zu dem Schluss, dass die Orientierung auf den „beschleunigten Aufbau des Sozialismus“ falsch war, das zeigten vor allem die Flüchtlingszahlen aus der DDR: In den ersten vier Monaten 1953 flohen 120 000 Menschen. Die historische Diskussion um den „Neuen Kurs“ konzentriert sich vor allem auf die Frage, ob es konkurrierende deutschlandpolitische Konzepte in der

kollektiven Führung in Moskau gab. Im Mittelpunkt steht dabei die Person der damaligen Numero zwei der sowjetischen Führung, Berija, der Herr über die innere Sicherheit der Sowjetunion. Von ihm sind in der deutschlandpolitischen Debatte in Moskau Äußerungen überliefert, die diesen Schluss nahe legen. Laut der Erinnerungen des langjährigen sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko, die er 1989 publizierte, als die DDR noch existierte, war Berija folgender Ansicht: „Die DDR? Was ist sie wert, die DDR? Sie ist ja noch nicht einmal ein richtiger Staat. Sie wird nur durch sowjetische Truppen am Leben erhalten, selbst wenn wir sie mit Deutscher Demokratischer Republik betiteln.“ In der Replik von Gromykos Lehrmeister und Amtsvorgänger Wjatscheslaw M. Molotow soll dieser dagegen das Existenzrecht der DDR als „unabhängiger Staat“ verteidigt haben, da sie in nichts der Bundesrepublik nachstehe.

Noch war die deutsche Frage zwischen den mittlerweile verfeindeten Siegermächten offen und Gegenstand von Verhandlungen. Basis dieser Diskussionen um die zwei Linien in der sowjetischen Deutschlandpolitik ist bis heute die nach Berijas Sturz in einem ZK-Beschluss der KPdSU vom 7. Juli 1953 formulierte Anklage, er habe den Sozialismus in der DDR aufgeben wollen: „Die Vorschläge Berijas liefen darauf hinaus, den Weg des Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu verlassen und Kurs zu nehmen auf die Umwandlung der DDR in einen bürgerlichen Staat, was einer direkten Kapitulation vor den imperialistischen Kräften gleichgekommen wäre.“

Vier Wochen zuvor wurde Ulbricht, Otto Grotewohl und Fred Oelssner der „Neue Kurs“ von einer geschlossen agierenden „kollektiven Führung“ präsentiert. Die Kritik an der SED und die verhaltene Selbstkritik an der Führung der KPdSU, mit anderen Worten an Stalin,

wurden nach den Aufzeichnungen von Grotewohl mit verteilten Rollen vorgetragen. Hierarchisch angemessen eröffnete Ministerpräsident Georgi M. Malenkow die Diskussion mit der Feststellung, der Ausgangspunkt der gemeinsamen Überlegungen müsse eine neue Politik in ihrer Besatzungszone sein: „Alles muss ausgehen von den Änderungen der Verhältnisse in der DDR.“ Auch Berija beschwichtigte, nicht ohne Selbstkritik zu üben: „Wir alle haben den Fehler mitgemacht; keine Vorwürfe.“ Molotow griff diesen Gedanken auf und verdeutlichte die von Moskau gewünschte Wirkung der geplanten neuen Linie der SED-Politik auf Westdeutschland: „So viele Fehler darum so korrigieren, dass ganz Deutschland es sieht.“ Die sowjetischen Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage gingen vom Scheitern des beschleunigten Aufbaus des Sozialismus aus und erklärten ihn zu einer „fehlerhaften politischen Linie“. Dadurch sei in der DDR „eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage“ entstanden.

Krisenfaktor Massenflucht

Als wichtigsten Krisenfaktor sah Moskau die Massenflucht aus der DDR. Ihre Ursachen lagen in dem stalinistischen Terror der SED, der auf der These beruhte, dass sich mit dem Aufbau des Sozialismus der Klassenkampf verschärft. Er richtete sich gegen die Bauern und den gewerblichen Mittelstand. Ablieferungs- und Steuerschulden wurden nun als Straftatbestände gewertet und mit Zuchthaus bestraft. Binnen zehn Monaten stieg die Zahl der Inhaftierten um 10 000 Häftlinge auf 47 000 im Mai 1953, dazu kamen 20 000 Untersuchungshäftlinge, somit waren insgesamt zirka 67 000 Menschen im Gefängnis. Diese Zahlen erklären, warum die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen am 17. Juni einen zentralen Stellenwert besaß und in Magdeburg, Jena und Halle die Gefängnisse

zum Ziel von Demonstrationen wurden und es zu Gefangenenbefreiungen kam.

Die forcierte Kollektivierung und die Zerschlagung des privaten Einzelhandels führten unplanmäßig zur Versorgungskrise. Der politische Anspruch der Sozialismusproklamation stand in nicht überbrückbarer Diskrepanz zur realen gesellschaftlichen Entwicklung. Wie so oft im realen Sozialismus fasste das Volk in einem Witz die Lage zusammen: „Wer hat die größte Flotte? – Ostdeutschland, sechzehn Millionen Kohldampfer, zwei Millionen Abdampfer und drei Zerstörer. Pieck, Grotewohl, Ulbricht!“ Erhalten hat sich diese Situationsbeschreibung aus dem Frühjahr 1953 in den Akten der SED, und zwar im zusammenfassenden Bericht des Zentralkomitees über die Tage im Juni.

Folge der Kurskorrektur

Diese Volkserhebung als Folge der Kurskorrektur war weder für die sowjetische noch die SED-Führung vorstellbar, als Moskau Anfang Juni den Befehl zum geordneten Rückzug gab. Unmissverständlich hieß es: „Die Politik der Einschränkung und der Ausdrängung des mittleren und kleinen Privatkapitals ist als eine vorzeitige Maßnahme zu verwerfen. Zur Belebung des wirtschaftlichen Lebens der Republik ist es notwendig, eine breite Heranziehung des Privatkapitals in verschiedenen Zweigen der kleinen und Gewerbeindustrie, in der Landwirtschaft sowie auch auf dem Gebiet des Handels für zweckmäßig zu halten.“ Das existierende konfiskatorische Steuersystem für Privatunternehmer wurde aufgehoben und: „Die Kartenversorgung mit Lebensmitteln für die Privatunternehmer sowie auch für die Freischaffenden ist wieder herzustellen.“ Als Eigenbeitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in der DDR stellte die Sowjetunion Lebensmittellieferungen in Aussicht. Die forcierte Kollektivierung musste abgebro-

chen werden, und der Kirchenkampf war zu beenden. Dies geschah auch im Blick auf Westdeutschland, wo sich Teile der evangelischen Kirche der Politik der Westintegration und des damit verbundenen Aufbaus einer neuen deutschen Armee widersetzen. Ihre Position innerhalb der Kirche war durch die Verfolgungspraxis der SED geschwächt worden. Dass der „Neue Kurs“ und die Stabilisierung der DDR die Position der Sowjetunion in der Deutschlandfrage stärken sollten, wird ebenfalls deutlich zum Ausdruck gebracht: „Da zurzeit die Hauptaufgabe der Kampf für die Vereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage ist, müssen die SED und die KPD als Bannerträger im Kampf für die nationalen Bestrebungen und für die Interessen des ganzen deutschen Volkes die Durchführung einer elastischen und maximalen Splitterung der Kraft ihres Gegners und Ausnutzung jeglicher oppositionellen Strömungen gegen die käufliche Clique Adenauer gerichtete Taktik gewährleisten. Deshalb, da die sozialdemokratische Partei Westdeutschlands, der noch bisher bedeutende Massen der Werktätigen folgen, gegen die Bonner Verträge [gemeint ist der Deutschlandvertrag, M.W.], wenn auch ungenügend konsequent, auftritt, ist die total feindliche Position gegenüber dieser Partei für die heutige Periode zu verwerfen, und es ist zu versuchen, wo und wann es möglich ist, gemeinsame Aktionen gegen die Adenauersche Politik der Spaltung und der imperialistischen Knechtung Deutschlands zu organisieren.“

Die Linie Berijas

Dieser Moskauer Kurswechsel traf in der SED-Führung besonders den Generalsekretär Ulbricht, da er wie kein anderer mit dem Aufbau des Sozialismus und seinen Folgen identifiziert wurde. Die sowjetische Führung verbot ihm ausdrücklich,

sich an seinem bevorstehenden 60. Geburtstag in einer Orgie des „Personenkults“ als „Baumeister des Sozialismus“ feiern zu lassen. Personalentscheidungen für die SED-Führung fielen in Moskau nicht. Das war ein Unterschied zum Umgang mit der ungarischen Partei, die ihren Rückzugsbefehl wenige Tage später erhielt. Bei dieser Kurskorrektur wurde der ungarische Generalsekretär Matyas Rakosi gezwungen, das Amt des Ministerpräsidenten an Imre Nagy zu übergeben. Der Tod Stalins veränderte die Qualität des Terrors im politischen System des sowjetischen Kommunismus. Die kollektive Führung nahm Abstand von Massenrepressalien. So fragte zum Beispiel Berija Rakosi: „Ist es etwa akzeptabel, dass in einem Land mit einer Bevölkerung von 9,5 Millionen Verfahren gegen 1,5 Millionen Menschen im Gange sind?“ Ausgerechnet Berija tritt in dieser Diskussion als Anwalt der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ auf. Er verurteilte, dass Rakosi die Staatssicherheit persönlich führe, in gewisse Untersuchungsverfahren selbst eingegriffen und persönliche Anweisungen zu unerlaubten Methoden der Geständniszwingung gegeben habe. Berija wertete dies als Fehler, denn es könnte dazu führen, dass „unschuldige Menschen verurteilt werden“.

Der ungarische Historiker Janos M. Rainer fügt hinzu: „Die ungarischen Genossen mussten mit Erstaunen hören, dass Berija ein- oder zweimal ein ähnliches Verhalten von Stalin kritisierte.“ In dieser frühen Phase der Entstalinisierung waren es vor allem die Einschränkung der Repression und die Überprüfung und Revision von Urteilen, in denen sich die Rücknahme des terroristischen Drucks äußert. Als die SED den „Neuen Kurs“ verkündet, wurden den geflohenen Bauern die Rückkehr und die Rückgabe ihres eingezogenen Eigentums angeboten. Die von den Universitäten und Oberschulen verwiesenen Mitglieder der jungen Ge-

meinde waren sofort wieder zum Unterricht zuzulassen, und verurteilte Unternehmer, „die nach dem Gesetz zum Schutz des Volkseigentums zu ein bis drei Jahren Haft verurteilt worden sind“, waren freizulassen.

Am 4. Juni nahm Moskau noch eine Kurskorrektur für die DDR vor, die nicht im Beschluss zum „Neuen Kurs“ verzeichnet war: die Reduktion der Rüstungskosten. Die Gesamtstärke der geplanten Volksarmee wurde um 24 000 auf 93 000 Mann verkleinert, eine Kürzung in militärischen Schiffbauten sowie eine Verringerung der sowjetischen Militärberater von 1000 auf etwa 250 bis 300 angeordnet. Eine Belastung allerdings blieb für die DDR-Wirtschaft, und zwar die Reparationen. Um die zügige Umsetzung der Moskauer Vorgaben zu gewährleisten, nahm in den folgenden Wochen der Hohe Kommissar der Sowjetunion, Wladimir S. Semjonow, an den Sitzungen des SED-Politbüros teil.

Die unfehlbare Partei gesteht Fehler ein

Der SED blieb knapp eine Woche, um die sowjetischen Vorgaben in eigene Beschlüsse umzuwandeln. In der Sitzung am 6. Juni kam es zur offenen und damit kontroversen Aussprache im Politbüro. Im Mittelpunkt der Kritik stand der Führungsstil des Generalsekretärs und seine Praxis, mithilfe des ihm unterstehenden ZK-Sekretariats Partei und Staat administrativ zu führen. Rudolf Herrnstadt, der Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, ging als einziger Redner in seiner Analyse von der sowjetischen Position in der Deutschlandfrage aus, um die Folgen der bisherigen Politik der Kommunisten zu bewerten. Er interpretierte den sowjetischen Kurswechsel als Auftrag an die SED, die Lebensverhältnisse in der DDR für die Massen so zu gestalten, dass die sowjetische Position gegenüber den Westalliierten in der Deutschlandfrage gestärkt wird.

Seine Sicht wurde bestärkt durch Semjonow: „Die DDR muss ein magnetisches Feld werden für West[deutschland], Frankreich – Italien.“ Gemessen an der Aufgabe, die nationale Frage in Deutschland zu lösen, sei die SED auf der II. Parteikonferenz 1952 „von einem irrealen, metaphysischen“ Standpunkt ausgegangen, der etwa so aussah: „Wir bauen den Sozialismus auf, die Deutschlandfrage regelt sich inzwischen auf irgendeine Weise allein, oder wenn sie das nicht tut, wird sie letzten Endes von den Bajonetten der Sowjetarmee geregelt.“

Herrnstadt beließ es nicht bei dieser Diagnose, er versuchte, die Zäsur zu erfassen, die der „Neue Kurs“ für die zukünftige Politik der Kommunisten bedeutete. Er erinnerte sich und seine Politbürogenossen daran, dass die beschleunigte Aufrüstung, die Stalin der DDR zeitgleich zum Aufbau des Sozialismus verordnete, Ausdruck der Sorge war, auch in Europa könne es wie in Korea zu einem Krieg kommen: „Als im vergangenen Sommer auf der II. Parteikonferenz die Losung ‚beschleunigter Aufbau des Sozialismus‘ verkündet wurde, war ich begeistert, aber ich erinnerte mich, dass eine Erwägung mir sehr zu denken gab. Wenn sich die Genossen in Moskau – sagte ich mir damals – entschieden haben, diesem Schritt zuzustimmen, so bedeutet das, dass nach ihrer Auffassung die Perspektive ‚friedliche Einigung‘ in den Hintergrund zu treten hat gegenüber der Perspektive der bewaffneten Auseinandersetzung.“ In der Bewertung dieses damaligen Kurses konstatiert Herrnstadt das Scheitern von KPD und SED in der deutschen Nachkriegspolitik. Die Zustimmung Stalins zum Aufbau des Sozialismus in der DDR, „bedeutet also gleichzeitig ein äußerst negatives Urteil über die Arbeit der KPD und der SED hinsichtlich der entscheidenden Frage, der Deutschlandfrage; es bedeutet die Feststellung, dass die KPD und die SED nicht im Stande gewesen

sind, in der historisch zur Verfügung stehenden, nun im Wesentlichen abgelaufenen Frist, das Kräfteverhältnis in Deutschland zu unseren Gunsten zu ändern“. Gescheitert war der Plan, eine Westbindung der deutschen Politik in den westlichen Besatzungszonen zu verhindern und im Bunde mit der Sowjetunion die Ostorientierung eines künftigen Gesamtdeutschland nach Hitler durchzusetzen.

Semjonow trieb zur Eile, damit der „Neue Kurs“ zügig umgesetzt werden konnte, Führungsfragen im Politbüro mussten in den Hintergrund treten. Am 9. Juni waren die Moskauer Vorgaben in SED-Beschlüsse überführt, und am 10. Juni hatte Herrstadt das „Kommuniqué“ formuliert, mit denen sie verkündet werden sollten. Er bat Semjonow um 14 Tage, um den Kurswechsel gegenüber der Partei und der Bevölkerung zu begründen. Semjonow wies dieses Ansinnen scharf zurück: „In 14 Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben.“ Am 11. Juni erschien das Kommuniqué. Singular war: Die unfehlbare Partei räumte Fehler ein gegenüber Christen,

Bauern und Gewerbetreibenden, sie versprach die Verbesserung der Lebenslage dieser Schichten, und die angeblich herrschende Klasse, nämlich die Arbeiter, wurde schmerzhaft daran erinnert, dass die vom Ministerrat am 28. Mai beschlossene Normenerhöhung nicht zu den Fehlern gerechnet wurde. Die Partei konnte einen schnellen Erfolg gegenüber den Kirchen vermelden, Ministerpräsident Grotewohl hatte den „Neuen Kurs“ bereits umgesetzt und mit den Spitzen der EKD eine Neuregelung der Staat-Kirche-Beziehung verabredet. Als die Partei Fehler eingestand, hatten die Bauarbeiter ihre erste Lohntüte mit weniger Geld erhalten. Für sie galt die Normenerhöhung bereits ab dem 1. Juni im Unterschied zu den anderen „Werkstätigen“, für die sie erst zum 30. Juni gelten sollte. Streiks und Konflikte in den Betrieben gab es bereits, aber sie waren nur das Wetterleuchten für das Gewitter, das am Montag, dem 15. Juni, die Bauarbeiter der Stalinallee auslösten.

Der zweite Teil dieses Essays von Manfred Wilke erscheint in der nächsten Ausgabe der Politischen Meinung im Juli 2003.

An die Einwohner Rostocks

„In Berlin stehen zurzeit werktätige Menschen in heldenhaftem Kampf gegen Unterdrückung und für die wahre Freiheit des deutschen Volkes. Von roten Horden und russischen Panzern im Auftrage des Kreml werden unsere Brüder und Schwestern in Berlin dahingemordet. Darum fordern wir, tretet sofort in den Generalstreik und lasst es nicht zu, dass deutsche Brüder und Schwestern ermordet werden. Meidet die Arbeit, jagt die Bonzen zum Tempel hinaus, tretet in den Generalstreik! Keinen Pfennig für die Russen und keinen Pfennig für die angeblich kasernierte Volkspolizei! Es lebe die Freiheit.“

Aufruf eines Rostocker Aushanges im Juni 1953, zitiert nach: Volker Koop, *Der 17. Juni 1953, Legende und Wirklichkeit*, 2003, Seite 85

Geteilte Erinnerung

Der 17. Juni 1953 – „Tag der Deutschen Einheit“ (II)

Manfred Wilke

Der erste Teil dieses Essays erschien in der vorausgegangenen Ausgabe der Politischen Meinung im Juni 2003.

Fünf Tage im Juni ist der Titel des Romans von Stefan Heym über den 17. Juni, an dem er Jahrzehnte arbeitete und der nur im Westen erscheinen konnte. Das Ereignis wird vom Autor „nicht ausschließlich, aber wesentlich als ‚authentisches‘ Produkt des DDR-Systems dargestellt. Das ist entscheidend“, so das Urteil des Literaturwissenschaftlers Heinrich Mohr über dieses Buch. Der Titel verdeutlicht es bereits: Der 17. Juni war mit seinen 332 Streiks, an denen sich 225 620 Personen beteiligten, und den 129 Demonstrationen außerhalb von Ostberlin mit 339 200 Teilnehmern nur der Höhepunkt der Volkserhebung. Aber sie begann nicht an diesem Tag und endete nicht mit ihm. Für die genaue Bestimmung des Beginns der Erhebung bieten sich zwei Daten an, der 11. Juni, als die unfehlbare SED in ihrem Kommuniqué zum „Neuen Kurs“ „Fehler“ einräumte, oder der 15. Juni, als die Bauarbeiter auf der Baustelle Krankenhaus Friedrichshain die Arbeit niederlegten. Der Brigadeleiter Alfred Metzdorf hatte diesen Schritt am Abend des 12. Juni bereits angekündigt. Die Streikenden beschlossene eine Resolution an die Adresse der Regierung, in der sie die Senkung der Normen forderten. Die Bauarbeiter gaben der SED-Führung noch eine Chance, dieser Entwurf stammte von dem Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL), Max Fettling, und einem Vertreter der SED-Kreisleitung Friedrichshain. Der

Text forderte eine sofortige Entscheidung, Fettling brachte den Brief selbst in das Büro des Ministerpräsidenten Grotewohl. Die Arbeiter fühlten sich in ihrem Vorgehen bestärkt durch eine Reportage, die am Vortag im *Neuen Deutschland* erschien, in der die Durchführung der Normenkampagne beschrieben und die Art und Weise kritisiert wurde, wie die Funktionäre die „Selbstverpflichtung“ der Bauarbeiter zur zehnpromzentigen Normerhöhung durchpeitschten. Namentlich der Parteifunktionär Paul Müller wurde als abschreckendes Beispiel porträtiert, von dem es hieß: „Kollege Müller tritt überall wie ein Diktator auf.“ Das ND forderte dazu auf, den „Holzhammer“ wegzulegen.

Heinz Brandt, Agitationssekretär in der Bezirksleitung Berlin der SED, war Augenzeuge, wie Grotewohl mit diesem Brief umging; er beschloss, ihn zu ignorieren. Am Dienstagvormittag wollte sich eine Delegation der Bauarbeiter die Antwort des Ministerpräsidenten an Ort und Stelle abholen, für den Fall einer negativen Antwort kündigten sie den Streik an. Brandt hatte den Eindruck, dass Grotewohl der Lage „hilflos“ gegenüberstand. Somit verspielte die SED-Führung die Chance, gestaltenden Einfluss auf das weitere Geschehen auszuüben. Robert Havemann sah in diesem Verhalten bereits 1978 „politische Blindheit“ und eine Zäsur in der Geschichte der SED: „Der 17. Juni war nach 1945 eine einmalige Chance für die deutschen Kommunisten, zu einer selbstständigen Politik zu kommen. Statt diese Chance zu ergreifen, kämpften die

Diadochen untereinander und machten sich die Macht streitig. Alle waren blind gegenüber dem, was sich da abspielte. Zaisser, Herrstadt und auch Jendretzky hofften, ihre Parteikarriere zum Gipfel führen zu können, Ulbricht fürchtete mit Recht um seine Macht, und in diesen Machtkämpfen entschied schließlich das sowjetische Militär. Die Partei hätte sich damals nicht gegen die Arbeiter zur Wehr setzen und den Protest nicht niederschlagen müssen, sondern ihn auffangen und sich mit ihm identifizieren können. Das hätte eine ungeheure Wirkung gehabt in ganz Deutschland. Und so schlug nur alles gegen unsere Partei und gegen den Internationalismus aus. Es wurde zu einer ekelhaften, hässlichen Phase der Unterdrückung durch die Besatzungsmacht.“ Schmerzhaftes Selbsterkenntnis eines deutschen Kommunisten, der sich als SED-Agitator den Bauarbeitern damals vergeblich entgegensetzte.

Am 16. Juni meldete sich bei den Bauarbeitern nicht Grotewohl, sondern der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Bau/Holz, Franz Jahn. In Begleitung von 15 hauptberuflichen Instrukteuren des FDGB kam er auf die Baustelle Krankenhaus Friedrichshain. Der eigene Gewerkschaftsvorsitzende erklärte den Mitgliedern, „dass an dem Beschluss des Ministerrates der DDR zur Erhöhung der Normen nicht zu rütteln ist“. Die Interessenvertretung durch die Gewerkschaft, die viele Arbeiter erwarteten, funktionierte erkennbar nicht, so mussten sie ihre Interessen selbst in die Hand nehmen. Als die Bauarbeiter der Stalinallee loszogen, taten sie das mit einem Sprachchor, der den Inhalt der fünf Tage im Juni zusammenfasst: „Berliner, reiht euch ein, wir wollen freie Menschen sein!“

Der Zug fand sein Ziel vor dem Haus der Ministerien, wo die Demonstranten um 13.45 Uhr eintrafen. Es war Dienstag, und somit tagte routinemäßig das SED-Politbüro. Die Demonstranten wollten

Grotewohl oder Ulbricht sprechen. Das Büro Grotewohl ließ ihnen ausrichten, die Bauarbeiter sollten sich an das zuständige Ministerium wenden. Fritz Selbmann, alter Kommunist und Minister für Erz-, Bergbau und Hüttenwesen, der als Einziger zu den Demonstranten sprach, versuchte vergeblich, Ulbricht zu bewegen, die Politbürositzung zu verlassen, um zu den Demonstranten zu sprechen. Seine Reaktion hat Hubertus Knabe in seinem jüngsten Buch über einen „deutschen Aufstand“ festgehalten: „Der SED-Generalsekretär lehnte jedoch ab und sagte, er könne die Sitzung nicht verlassen; da es regne, würden die Demonstranten sicher bald von allein auseinander gehen.“ Die zweite Chance war so vertan, und eine dritte gab es nicht. Grotewohl erklärte sich für nicht zuständig, und Ulbricht hoffte auf den Regen. Mittlerweile hatte das Politbüro beschlossen, die Normerhöhung zurückzunehmen, aber darum ging es bereits nicht mehr. Die Mitteilung darüber zeigte den Demonstranten nur, dass sich der Mut zum aufrechten Gang lohnt. Andere Ziele rückten nach vorn: freie Wahlen, Rücktritt der Regierung und die deutsche Einheit. Um 14.15 Uhr kletterte der Bauarbeiter Horst Schlawke auf den Tisch und rief: „Wenn Ulbricht oder Grotewohl nicht in einer halben Stunde hier sind, dann marschieren wir durch die Straßen und rufen zum Generalstreik auf!“ Doch die Zeit verstrich, und beide kamen nicht. Die Versammlung löste sich auf mit dem Versprechen, man wolle sich am 17. Juni um 7 Uhr am Strausberger Platz treffen, um zu demonstrieren.

Aufruf zum Generalstreik

Der Rundfunk der DDR berichtete am 16. Juni nicht über Streik und Demonstration der Berliner Bauarbeiter, dies taten nur die westlichen Rundfunksender, von denen der Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) von Berlin besonders wich-

tig war. Berlin war zwar schon geteilt, aber noch nicht durch eine Mauer in zwei Teilstädte getrennt. Bevor die Demonstranten sich vor dem Haus der Ministerien auflösten, hatten sie vier Bauarbeiter bestimmt, die über den RIAS zum Generalstreik aufrufen sollten. Nur ein einziges Mal ging dieses gefährliche Wort über den Sender, und zwar im Bericht über die Kundgebung. Der amerikanische Direktor des RIAS sprach ein förmliches Verbot aus, den Begriff „Generalstreik“ zu verwenden. Gesendet wurden vier Forderungen: 1. Rücknahme der Normerhöhung, 2. Senkung der Lebenshaltungskosten, 3. freie und geheime Wahlen und 4. Verzicht auf jede Maßregelung der Streikenden. Der DGB-Landesvorsitzende von Berlin, Ernst Scharnowski, umschrieb in seinem Kommentar das Reizwort, er forderte im RIAS die Arbeiter in der DDR auf, sich der Ostberliner Bewegung anzuschließen, und ermutigte sie: „Sucht eure Strausberger Plätze überall auf.“ Für den Nachruhm des RIAS sorgte nicht zuletzt die SED. In ihrer Verschwörungskonstruktion des ZK-Beschlusses über die „faschistische Provokation“ vom Juli 1953 hat der amerikanische „Hetzsender RIAS“ die seit „langem organisierten Agentengruppen“ operativ geleitet. Das war nicht nur durchsichtige Propaganda, es diente auch dem Ostberliner Stadtgericht als Begründung, um den Streikführer Max Bruno Fettling für zehn Jahre ins Zuchthaus zu schicken. Mit ihm verurteilte das Gericht seine Kollegen Karl Emil August Foth und Otto Karl Heinrich Lembke zu acht Jahren sowie den Maurer Bertold Emil Robert Stanicke zu vier Jahren Zuchthaus. Unbestreitbar hat der RIAS durch die Information über die Forderungen der Demonstranten aus Berlin eine mobilisierende Funktion gehabt.

Der Funke sprang über, und am 17. Juni ging es in der DDR nun nicht mehr um die bereits geklärte Normenfrage. Die

Forderungen nach Rücktritt der Regierung, nach freien Wahlen, nach der Einheit Deutschlands waren unüberhörbar. Nicht zu übersehen waren auch die symbolischen Aktionen wie das Einholen der roten Fahne auf dem Brandenburger Tor in Berlin, die Besetzung von einer Bezirks- und sieben Kreisleitungen der SED, zwei Dienststellen des MfS, neun Haftanstalten, Büros von FDJ und FDGB und die flächendeckende Beseitigung von SED-Sichtpropaganda. Den Kern der Demonstrationen bildeten die Belegschaften der Großbetriebe, namentlich in den Bezirken Halle, Leipzig und Magdeburg. Die Volkserhebung richtete sich gegen den SED-Staat, und dementsprechend fiel die Antwort der sowjetischen Besatzungsmacht aus. Sie sicherte mit militärischer Gewalt ihre Besatzungszone in Deutschland und damit den SED-Staat.

In Ostberlin besaßen die demonstrierenden Belegschaften keine Führung, das galt auch für Städte wie Magdeburg und Leipzig, in denen es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam. In Görlitz, Bitterfeld und Halle bildeten sich zentrale überbetriebliche Streikkomitees, sie begannen, die SED-Herrschaft zu beenden, um die kommunale Selbstverwaltung zu reorganisieren. Die Bedeutung von Görlitz in der Volkserhebung an diesem Tag wird im Telegramm von Semjonow an die Außen- und Verteidigungsminister Molotow und Nikolai A. Bulganin in Moskau deutlich, das er um 14 Uhr Berliner Zeit nach Moskau absandte: „Die ernsteste Lage herrscht in der Stadt Görlitz an der deutsch-polnischen Grenze, wo eine Menge von 30 000 Menschen die Geschäfte, das Gefängnis, die Gebäude der Sicherheitsdienstabteilung und das Bezirkskomitee der SED demoliert hat. Nach Görlitz wurde das verstärkte Schützenbataillon SPW geschickt.“ Der Historiker Manfred Hagen hebt in seiner Untersuchung des 17. Juni hervor, dass sich in dieser Stadt die Bewegung „durch den

nirgendwo sonst erreichten hohen Grad von Organisation und geregelter Machtübernahme“ auszeichnete. Aber auch in Bitterfeld im Bezirk Halle kam es zur Machtübergabe, und hier ist die Brechung der eruptiven Bewegung durch den Einsatz sowjetischer Streitkräfte besonders deutlich geworden.

Aufstand in Bitterfeld

Die Belegschaft der Filmfabrik Wolfen und die des elektrochemischen Kombinars traten in den Streik und zogen in die Innenstadt. Der 48-jährige Elektromonteur Paul Othmar ergreift das Wort auf der Kundgebung, seine Ansprache hat den Geist dieses Tages festgehalten: „Liebe Freunde! Wenn ich heute eure strahlenden Gesichter sehe, dann möchte ich euch am liebsten umarmen und an mein Herz drücken. Der Tag der Befreiung ist da, die Regierung ist weg, die Tyrannei hat ein Ende.“ Dann ging er zu den Forderungen über. Seine Rede gipfelte in der Ermahnung an die Versammelten, keine Ausschreitungen zuzulassen und ein überregionales Streikkomitee zu bilden. Das Komitee, dem Othmar angehörte, übernahm das Rathaus, die Kreisdienststelle des Staatssicherheitsdienstes und der Volkspolizei. Es organisierte eine erste spontane öffentliche Akteneinsicht, über Lautsprecher wurden die Namen von Informanten des Staatssicherheitsdienstes bekannt gegeben. Der Polizeichef räumte später ein, dass es in den Mittagsstunden in Bitterfeld „keinerlei Organe mehr gab, welche die Staatsautorität verkörpern konnten“. Um 14 Uhr bekam das Streikkomitee die Nachricht, dass in Berlin der Ausnahmezustand verhängt wurde und sowjetische Truppen auf Bitterfeld vorrückten. Das Komitee diskutierte, ob nun der Zeitpunkt gekommen sei, zum Aufstand aufzurufen. Man entschied sich angesichts der Kräfteverhältnisse dagegen und formulierte stattdessen zwei Telegramme, das eine an die

DDR-Regierung, das andere an den Hohen Kommissar der Sowjetunion.

Die Forderungen

Der Bitterfelder Forderungenkatalog zielte eindeutig auf das Ende der SED-Herrschaft. Er umfasste zehn Punkte und begann mit der Forderung nach dem sofortigen Rücktritt der Regierung, „die durch Wahlmanöver an die Macht gekommen ist. 2. Einsetzung einer provisorischen Deutschen Demokratischen Regierung. 3. Freie demokratische geheime und direkte Wahlen in vier Monaten. 4. Zurückziehung der deutschen Polizei aus den Zonengrenzen und sofortiger Durchgang für alle Deutschen. 5. Sofortige Freilassung der politischen Häftlinge (Kirche, weltliche Anschauung, so genannte Wirtschaftsverbrecher) und Rückkehr aller Gefangenen aus aller Welt. 6. Sofortige Normalisierung des Lebensstandards ohne Lohnsenkung. 7. Zulassung aller großen demokratischen Parteien Westdeutschlands in unserer Zone. 8. Keine Repressalien gegen die Streikenden. 9. Sofortige Abschaffung der so genannten Volkskammer. 10. Zulassung der Delegation aus der Ostzone, die eine der westdeutschen Parteien gründen wollen.“ In Bitterfeld waren somit auch die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion nicht vergessen worden.

Von Semjonow erbat das Streikkomitee, „den Ausnahmezustand in Berlin und alle Maßnahmen, die gegen die Arbeiterschaft gerichtet sind, sofort aufzuheben, damit wir Deutsche wirklich den Glauben in uns behalten können, dass Sie tatsächlich der Vertreter einer Werktätigen-Regierung, ein Freund des Friedens und der Völkerverständigung sind“. Knabe schreibt, „das Komitee verlangte – und erhielt – von den Empfängern förmliche Empfangsbestätigungen für die telegrafisch übermittelten Schreiben“. Dies sind Dokumente freier Bürger, die sich in ihrem Selbstbewusstsein vom Joch der

kommunistischen Diktatur befreit hatten und der sowjetischen Besatzungsmacht in diesem Selbstverständnis gegenübertraten und von ihr die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen einforderten. Als am Nachmittag die sowjetischen Truppen und Kasernierte Volkspolizei in die Stadt einrückten, rief das Streikkomitee die Bitterfelder gleichwohl auf, die Besatzungsmacht zu respektieren, um Blutvergießen zu vermeiden. Es war der Moment der Ohnmacht gegenüber der gepanzerten imperialen Macht der Sowjetunion, die, auf ihre Siegerrechte pochend, weder Demokratie noch Selbstbestimmung in ihrem Vorfeld duldeten. Es war dieser Moment ohnmächtigen Zorns in Bitterfeld, der sich drei Jahre später in Budapest und 1968 in Prag wiederholen sollte.

Einige Mitglieder des Streikkomitees konnten noch nach Westberlin flüchten. Die anderen wurden verhaftet. Knabe hierzu: „Das Mitglied der Bitterfelder Streikleitung Striebel nahm sich im Polizeigefängnis das Leben, Paul Othmar wurde wegen ‚Boykotthetze‘ und ‚faschistischer Provokation‘ zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Weil er auch im Gefängnis der Auffassung blieb, zu Unrecht bestraft worden zu sein, musste er die Strafe fast vollständig absitzen und kam erst 1964 wegen seiner schweren Krankheit frei.“ Eine Ausreise in den Westen wurde ihm 1965 verweigert, er starb 1969.

Der Ausnahmezustand

Das Charakteristikum des 17. Juni selbst war eine doppelte, gegeneinander laufende Wellenbewegung. Die eine Welle war jene sich ausbreitende Volkserhebung, die die örtlichen Strukturen der SED-Diktatur außer Funktion setzte und ihre Kader und Funktionäre voller Angst zurückweichen ließ. Die Gegenwelle, sie erwies sich als stärker, war das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht. Es begann mit einer Bitte der SED in der

Nacht zum 17. Juni. Semjonow und der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), Marschall Andrej A. Gretschko, trafen sich mit Ulbricht, Grotewohl, Wilhelm Zaisser, Minister für Staatssicherheit, und Herrstadt, um über Sicherungsmaßnahmen in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin zu sprechen. Die SED bat darum, 450 sowjetische Soldaten in der Innenstadt zu stationieren, um die Sektorengrenze zu sichern. Elke Scherstjanoi hat das Wirken des Hohen Kommissars Semjonow vor und am 17. Juni untersucht. Sie kommt zu dem Schluss, dass man sich frühestens in derselben Nacht in Moskau „für eine rasche Machtdemonstration“ entschloss. Dem entspräche das Drängen des Verteidigungsministers Bulganin gegenüber seinem Oberbefehlshaber Gretschko am Morgen des 17. Juni, Panzer zur Niederschlagung der Demonstrationen auffahren zu lassen. Es ging um massive Einschüchterung der Bevölkerung, in Berlin bekam dies die Welt eindrucksvoll vorgeführt: 600 T-34-Panzer „befreiten“ erneut die Stadt. Die Wahrnehmung des britischen Stadtkommandanten in Berlin konzentrierte sich an diesem Tag auf eine Frage: Haben die Sowjets über die Machtsicherung in ihrem Sektor von Berlin hinaus aggressive Absichten gegenüber Westberlin? Die Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“ im sowjetischen Sektor nahmen die Westmächte hin und taten alles, um die angespannte Lage nicht zu verschärfen.

Das SED-Politbüro war am Morgen des 17. Juni von Semjonow nach Karlshorst einbestellt worden. Im Binnenverhältnis zur SED übernahm nun die sowjetische Besatzungsmacht offen das Kommando, und die Behandlung der SED-Führung bewegte sich zwischen Internierung und vorsorglichem Schutz der deutschen Kader vor dem Zorn ihres Staatsvolkes. Herrstadt hat die Situation festgehalten.

Ulbricht und die anderen standen im Zimmer des Hohen Kommissars „überflüssig herum“, und Herrstadt fühlte sich in einer ähnlichen Situation wie während des Krieges in der politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte, „als die Sowjetunion für uns focht. Nur befanden wir uns jetzt in Berlin, in unserer eigenen Hauptstadt. Nur waren seitdem zehn Jahre vergangen. Ich dachte, was mögen jetzt die anderen deutschen Genossen, was mag Ulbricht denken.“

Unter Vorsitz von Semjonow und seinem Stellvertreter Pawel F. Judin tagte die SED-Führung. Es wurde beschlossen, dass ein Teil der Politbüro-Mitglieder in die Zentren der Erhebung geschickt werden sollte, Grotewohl, Ulbricht, Zaisser und Herrstadt sollten in Karlshorst bleiben. Wichtig war an dieser Entscheidung, dass der Hohe Kommissar es vermied, der SED-Führung gegenüber ihrem Staatsvolk das Gesicht zu nehmen. Öffentlich sollte der SED nicht das Verdienst genommen werden, die „faschistische Provokation“ niedergeschlagen zu haben. Aber Herr über den Ausnahmezustand war natürlich die sowjetische Führung, und sie setzte dieses Mittel ein. Herrstadt erinnert sich, dass Semjonow gegen 12 Uhr die SED-Kader informierte: „Moskau hat die Verhängung des Ausnahmezustandes ab 1 Uhr mittags angeordnet. Jetzt ist der Spuk sehr schnell vorbei. Ein paar Minuten nach 1 Uhr ist die ganze Sache erledigt.“

Der Hohe Kommissar sollte sich irren. Trotz des Ausnahmezustandes gingen Streiks und Demonstrationen am 18. Juni weiter. Besonders wichtig waren die Streiks in den Werften von Warnemünde, Rostock und Stralsund. Erst als die sowjetische Armee den Ausnahmezustand verhängte und ihn auch mithilfe von Standgerichten exekutierte, funktionierten die Sicherheitsorgane der DDR wieder. Der Ton wurde gewalttätig. In Halle erließ Bezirks-Polizeichef Zaspel um 14.15 Uhr den

Befehl: „1. Die wesentlichen Objekte wie Volkspolizeiämter, Strafvollzugsanstalt, SED-Kreisleitungen, Räte der Kreise [...] sind unter allen Umständen zu sichern. 2. Die Benutzung der Schusswaffe bei Abwehrhandlungen ist ab sofort erlaubt.“ Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die versuchte Gefangenenbefreiung am Zuchthaus in Halle wurde geschossen. Als einige Demonstranten die Polizeikette angriffen, so schreibt Hans-Peter Löhn in seiner Untersuchung über den Volksaufstand in Halle an der Saale, „erschallte der Befehl ‚Feuer!‘, und die Volkspolizisten schossen in die Menge. Drei Demonstranten blieben tödlich getroffen auf dem Pflaster liegen, andere erlitten Schussverletzungen.“ In Panik floh die Menge.

Als der Leiter der Leipziger Bezirksverwaltung des MfS, Kurt Rummeler, der MfS-Zentrale einen Lagebericht gab, bekam er von Rudolf Gutsche eine unmissverständliche Anweisung, wie die Stasi-Dienststelle zu sichern ist. Knabe zitiert die Aktennotiz: „Genosse Gutsche teilte mit, dass bei der Verteidigung unserer Häuser rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch zu machen ist. Unter keinen Umständen darf ein Objekt aufgegeben werden! Die ersten Rädelführer und Hetzer sind von Operativgruppen festzunehmen, auch dort unter Anwendung – wenn nicht anders möglich – der Schusswaffe.“ In der internen Analyse kam der SED-Apparat zu der Erkenntnis: „Es gelang am 17. und 18. 6. in der Regel erst nach dem Eingreifen der sowjetischen Einheiten, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und die Arbeitsaufnahme zu erreichen... Das entschlossene Vorgehen der sowjetischen Einheiten zerschlug die faschistische Provokation und brachte die Menschen von der Straße.“

Schuldfrage und Selbstständigkeit

Nachdem die Sowjetunion mit militärischen Mitteln den deutschen Teilstaat in

ihrem Imperium gesichert hatte, übernahm die SED wieder die Regierungsgeschäfte in einer gründlich veränderten Konstellation. Nun besaß die SED die notwendige Planungssicherheit für den „Neuen Kurs“ zum Sozialismus in der DDR. In den Erklärungsmustern, die die Partei für die ungeplante Einmischung des Volkes in seine eigenen Angelegenheiten formulierte, ging es sowohl um die Schuldigen als auch um die Antwort auf die Frage, wieso die Volkserhebung geschehen konnte. Ebenso vordringlich war die Begründung für die Eigenständigkeit der DDR. Dies galt nicht nur gegenüber der Bundesrepublik, sondern auch gegenüber der Sowjetunion, wie insbesondere am 20. Juni in Karlshorst in einer Besprechung deutlich wurde, an der von sowjetischer Seite Semjonow, der Generalstabschef der sowjetischen Armee, Marschall Wassilij D. Sokolowski, und auf deutscher Seite Ulbricht, Grotewohl, Zaissler, Heinrich Rau und Herrstadt teilnahmen. Er hat diese Debatte festgehalten, in der es um die politische Verantwortung für die Volkserhebung ging. Semjonow, dem diese Frage von der sowjetischen Führung offenbar ebenfalls gestellt wurde, fragte nun seine deutschen Gesprächspartner, Verantwortung abwälzend, ob ihr Platz jetzt nicht in den Betrieben sei, wie dies in der Sowjetunion Lenin und Stalin immer getan hätten, um von dort solche Krisen zu lösen. „Ulbricht erwiderte grob, aber der Sache nach völlig richtig. ‚Sie haben uns ja selber verboten, in die Betriebe zu gehen!‘ Semjonow erwiderte gekränkt: ‚So darf man nicht argumentieren, Gen[osse], das wissen Sie selbst. Mein Verbot bezog sich auf den 17.‘ Marschall Sokolowski wollte unsere Lage erleichtern, verschlimmerte sie aber. Er sagte sanft (w): ‚Die deutschen Genossen sind wahrscheinlich etwas erschrocken durch die Plötzlichkeit der ganzen Sache.‘ Mit Bezug darauf sagte Ulbricht, als wir weggingen: ‚Jetzt sollen sie mir

noch einmal kommen mit Vorschriften über mein Verhalten! Jetzt mach ich das, was ich für richtig halte!‘“

Die Betriebe betrat die SED-Führung erst, nachdem sie mit der 14. Tagung des ZK am 21. Juni die verlorene Initiative zurückgewonnen hatte und die Sprachregelung über den Charakter des „faschistischen Putsches“ systematisiert war. In der Führungsauseinandersetzung fielen im SED-Politbüro die Würfel zugunsten Ulbrichts, das ZK der KPdSU stärkte ihm demonstrativ den Rücken. Am 30. Juni standen seine Glückwünsche zu Ulbrichts 60. Geburtstag in der *Pravda*.

Im Sommer brachte die sowjetische Führung die Stabilisierung der DDR in Einklang mit ihrer Deutschlandpolitik gegenüber den Westmächten. Sie rückte von der bislang vertretenen Position der Einstaatlichkeit Deutschlands ab. Mitte Juli 1953 schlugen die Außenminister der drei Westmächte der Sowjetunion eine Konferenz über die Lösung des Deutschlandproblems vor. In ihrer Antwort betonte die Sowjetunion die Notwendigkeit, in die Verhandlungen über einen Friedensvertrag nun die „bestehenden Regierungen“ beider deutscher Staaten einzubeziehen. Diese Abkoppelung eines Friedensvertrages von der staatlichen Einheit bedeutete die Festschreibung der Selbstständigkeit der DDR. Die demonstrative Unterstreichung der Eigenstaatlichkeit der DDR verband die Sowjetunion mit einer drastischen Absenkung der Besatzungskosten und der Aufgabe ihrer Reparationsentnahmen aus der DDR-Produktion ab Januar 1954. Der Uran-Bergbau, unverzichtbar für das sowjetische Atomwaffenprogramm, wurde in eine sowjetisch-deutsche Aktiengesellschaft umgewandelt. In den Verhandlungen zwischen den Regierungen der Sowjetunion und der DDR im August 1953 im Kreml betonte der Außenhandelsminister Anastas J. Mikojan ausdrücklich die Bedeutung, die Wismut „für die Sicherung der Verteidigung

nicht nur der Sowjetunion, sondern auch für die DDR hat“. Die in sowjetischem Besitz befindlichen Betriebe wie Leuna wurden an die DDR übereignet.

Aber das Trauma des 17. Juni war trotz allem tief in die DDR-Spitze eingedrungen und wirkte als Menetekel bis 1989, wie zwei Beispiele zeigen: 1953 war Erich Honecker Vorsitzender der FDJ, 1980 als SED-Generalsekretär war er in Moskau damit befasst, an einer Lösung der polnischen Krise mitzuwirken. Das SED-Politbüro beschloss am 2. Dezember förmlich seine Rede für das Treffen der Partei- und Staatschefs in Moskau am 5. Dezember. Die SED setzte auf eine gewaltsame Lösung, die eine militärische Intervention in Polen nicht ausschloss: „Wenn die Arbeiter- und Bauern-Macht auf dem Spiel steht, wenn sie vor konterrevolutionären Kräften geschützt werden muss, die entschlossen sind, aufs Ganze zu gehen, dann bleibt keine andere Wahl als der Einsatz der Machtorgane des Arbeiter- und Bauern-Staates. Das sind unsere Erfahrungen aus dem Jahre 1953. Das zeigen die Ereignisse von 1956 in Ungarn, über die Genosse Kadar sprach, und von 1968 in der CSSR.“

Erich Mielke war 1953 Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit. Am 31. August 1989 fragte er als Minister in einer Dienstbesprechung seine Generäle: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“

Die Abrechnung

Das Staunen über den Aufstand für Demokratie und Selbstbestimmung in der Ostzone wich dem Entsetzen über die Abrechnung der SED mit denen, die sie für „Rädelsführer“ hielt. Die sowjetische Besatzungsmacht setzte den Ausnahmezustand mithilfe von Standrecht durch. Sowjetische Militärtribunale verhängten zwischen dem 17. und 22. Juni vermutlich 18 Todesurteile, die sofort vollstreckt wurden. In der ersten Bilanz des Einsatzes

der sowjetischen Streitkräfte berichtet Marschall Gretschkow nach Moskau, dass insgesamt 84 Menschen getötet oder verletzt worden seien. Später meldete er 50 Tote und 294 verletzte Demonstranten, 33 Personen seien durch sowjetische Truppen und 17 durch Staatsorgane der DDR ums Leben gekommen. Nach 1990 präsentierte die Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität höhere Zahlen. Sie ging nun von mindestens 125 Toten aus. 368 Menschen wurden nach Angaben der Volkspolizei verletzt, 86 davon schwer. Am 18. Juni befahl Mielke dem MfS: „Die besondere Lage erfordert ein energisches Handeln, deshalb Hetzer, Saboteure, Rädelsführer und Provokateure sofort festnehmen.“ Einen Tag später präzisierte er: „Wo Ausnahmezustand verhängt, sind Streikleitungen, die Streiks organisiert haben, a) unter Losungen: ‚Nieder mit der Regierung, nieder mit der SED‘ ohne vorherige Prüfung [...] festzunehmen.“ Dies galt auch für Streikleitungen, die sich nach Verhängung des Ausnahmezustandes bildeten. Die Untersuchungsgefängnisse füllten sich. Knabe erwähnt insgesamt „13 000 Verhaftungen“, die von ostdeutschen Sicherheitsorganen bis zum 1. August vorgenommen wurden. Allein in Ostberlin wurden am 17. Juni und an den folgenden Tagen nach Angaben der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei 2241 Personen festgenommen. Volker Koop, der sich in seinem Buch über den 17. Juni besonders auf diese Akten stützt, zieht den Schluss, dass es „nahezu unmöglich“ ist, exakte Zahlen über die Opfer des Volksaufstandes zu nennen. (Siehe hierzu auch den Essay von Volker Koop, *Die Politische Meinung*, Nr. 403, Juni 2003.) „Zu unterschiedlich sind die Angaben von Volkspolizei und dem Ministerium für Staatssicherheit“, zumal bedacht werden muss, dass es vielen Bedrohten gelang, in den Westen zu fliehen. Exakter sind die Angaben der DDR-Jus-

tiz. Hilde Benjamin, Justizministerin der DDR, vermeldete Ende Januar 1954, dass bereits 1526 Personen verurteilt waren: Zwei bekamen die Todesstrafe, drei lebenslänglich Zuchthaus. Dreizehn Angeklagte wurden zu zehn bis fünfzehn Jahren, 99 zu fünf bis zehn Jahren Gefängnis verurteilt. 824 Angeklagte erhielten Strafen von einem bis zu fünf Jahren, während bei 546 Angeklagten die Strafe maximal ein Jahr betrug. Anhängig waren noch 123 Strafverfahren, auch das der Streikführer von der Stalinallee.

Ein Wandel im Deutschlandbild

Die Repression in der DDR war der Hintergrund für den Schwur, den Bundeskanzler Konrad Adenauer bei der Trauerfeier für Berliner Opfer am 23. Juni 1953, die in Westberlin ein Staatsbegräbnis erhielten, ablegte: „Wie ein Fanal wird dieser Aufstand wirken, bei uns in Deutschland und in der ganzen Welt, wie ein Fanal, das zeigt, dass Gewalt unseren Willen zur Freiheit nicht zu brechen vermag. Neben die Trauer, neben das Mitleid tritt der Stolz auf diese Helden der Freiheit, der Stolz auf alle, die sich auflehnten gegen diese seit nunmehr acht Jahren währende Sklaverei. Das ganze deutsche Volk hinter dem Eisernen Vorhang ruft uns zu, es nicht zu vergessen, und wir schwören ihm in dieser feierlichen Stunde: Wir werden es nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen, und wir werden nicht rasten – diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk –, bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit.“

Die Zeitgenossen hatten ein tiefes Empfinden für die historische Zäsur, die diese Volkserhebung gegen ein kommunistisches Regime bedeutete. Ein Bann war gebrochen. Der Glaube der Kommunisten an die Allmacht des sowjetischen Totalitarismus, der mit rücksichtslosem Terror Schritt für Schritt seine Ziele

durchsetzt, wurde erschüttert. Auf einmal zeigte sich: Dieses äußerlich monolithische System kannte Krisen, die Menschen in der sozialistischen Gesellschaft waren keine willenlosen Sklaven, und so waren Veränderungen möglich. Der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower brachte genau das in seinem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer im Juni 1953 zum Ausdruck: „Große historische Entwicklungen wie die letzten antikommunistischen Demonstrationen in Berlin und Ostdeutschland sind selten auf eine einzige Ursache zurückzuführen. Dennoch bin ich fest davon überzeugt, dass künftige Geschichtsschreiber bei einer Analyse der Ursachen, die zur Auflösung des kommunistischen Weltreiches geführt haben, diese tapferen Ostdeutschen, die es gewagt haben, sich gegen die Kanonen der Tyrannei mit nackten Händen und starken Herzen zu erheben, mit als Haupturheber hervorheben werden.“ Zugegeben, der amerikanische Präsident bemühte das Prinzip Hoffnung, aber er signalisierte auch, dass sich mit diesen Tagen im Juni das Bild der Deutschen in der Welt acht Jahre nach dem Krieg veränderte. Der niederländische Historiker Jacco Pekelder hat zum Beispiel in seiner Studie über die „Niederlande und die DDR“ diesen Wandel festgehalten. Der Aufstand in Berlin und in Ostdeutschland wurde „mit dem Amsterdamer Februarstreik von 1941“ gegen die deutsche Besatzung verglichen. Im Kommentar eines sozialdemokratischen Abgeordneten zu dem Ereignis „wimmelte es von Assoziationen mit der Nazizeit“. Es war die Rede von „Kommunistischer Gestapo“, „Sowjet-Konzentrationslagern“, und die SED-Aktivisten wurden als „Quislinge“, „Kollaborateure“ und als „Knechte der Sowjetunion“ betitelt. Gemeinsam mit den „Sowjetautoritäten seien sie ‚kommunistische Unterdrücker und Leuteschinder‘ sowie ‚Rote Nazis‘“. Als Berliner Bundestagsabgeordneter sprach Willy

Brandt in der Debatte zur deutschen Außenpolitik am 1. Juli 1953 im Parlament. Er sah in diesem Wandel des Bildes der Deutschen in der Weltöffentlichkeit ein entscheidendes Ergebnis der Volkserhebung für die Zukunft: „Die Ereignisse in der Zone haben ein weltweites Echo gefunden. Wir haben lesen können, dass diese Ereignisse für die Stellung Deutschlands für das Vertrauen zu den demokratischen Kräften in unserem Volk mehr bedeutet hätten als alle Schritte der Bundesregierung zusammengenommen [...] Das

Geschehen um den 17. Juni – das kann heute und hier nicht stark genug unterstrichen werden – hat den unerschütterlichen Willen der breiten, tragenden Schichten unseres Volkes zum Ausdruck gebracht, sich nicht auf die Dauer mit der willkürlichen Spaltung unseres Landes und unseres Volkes abzufinden. Sie sind gewiss nicht für die Einheit unter bolschewistischem Vorzeichen, aber mit ganzer Leidenschaft und mit letzter Hingabe für die Einheit unter freiheitlichem Vorzeichen.“